



Editorial

Frankreich steht an der Schwelle zu einem Herbst, der weit über die übliche „*rentrée sociale*“ hinausgeht. Was sich für den 10. und den 18. September ankündigt, könnte zu einer doppelten Bewährungsprobe für Regierung und Gesellschaft werden. Der Premierminister François Bayrou hat das Spardogma zur Leitlinie seiner Amtsführung und des Staatshaushalts 2026 erhoben – und damit die Wut vieler Franzosen geweckt.

Die Wut der Straße

Der Aufruf des Kollektivs *Bloquons tout*, ein Produkt der sozialen Netzwerke, lebt von einem Affekt: dem Gefühl, dass die Politik die Sorgen der Bürger längst nicht mehr hört. Dass sich rasch Gewerkschaften und linke Parteien anschlossen, verstärkt die politische Dimension. Hinter der Parole „den ganzen Laden lahmlegen“ steckt eine Sehnsucht nach Machtumkehr, nach einem Signal gegen die vermeintliche Alternativlosigkeit der Austerität.

Drei von fünf Franzosen sympathisieren mit diesem Ruf nach Stillstand – eine Zahl, die weniger den konkreten Vorschlag als die politische Stimmung beschreibt. Die Straße ist zurück als Korrektiv, in einer Republik, deren repräsentative Institutionen an Vertrauen verloren haben.

Zwischen fiskalischer Vernunft und sozialer Blindheit

Bayrou steht vor einem klassischen Dilemma: Er will, ja er muss Brüssel und den Märkten beweisen, dass Frankreich seine Schulden kontrollieren kann. Mit einer Verschuldung von über 115 Prozent des BIP bleibt der Spielraum denkbar gering. Doch die gewählten Mittel – Kürzungen im öffentlichen Dienst, Streichung von Feiertagen, eingefrorene Renten – wirken wie herzlose Buchhaltermaßnahmen in einem Land, das in den letzten Jahren mehrfach Krisen überstehen musste.

Das Problem ist weniger die Logik der Haushaltsdisziplin an sich, sondern deren politische Vermittlung. Ein Premier, der nur in Defizitquoten spricht, wird kaum die Herzen der Bürger gewinnen. Ohne eine soziale Erzählung, die den Menschen einen Sinn und eine Perspektive gibt, erscheinen Einschnitte schlicht als Strafe.



Gefahr einer unheiligen Allianz

Das Szenario, das Bayrou am meisten fürchten muss, ist die Verschmelzung der beiden Protestformen: der spontane, diffuse Aufruhr am 10. September und die strukturierte Gewerkschaftsmobilisierung am 18. September. Sollte es den Bewegungen gelingen, sich nicht gegenseitig zu schwächen, sondern vielmehr ihre Kräfte zu bündeln, könnte sich das Land in einer Blockadespirale wiederfinden, wie zuletzt 1995.

Eine solche Entwicklung hätte nicht nur ökonomische, sondern auch institutionelle Folgen. Denn sie würde die Frage nach der Handlungsfähigkeit der Regierung aufwerfen – und damit die politische Zukunft direkt infrage stellen.

Ein politisches Risiko mit historischem Gewicht

Frankreichs Geschichte ist reich an sozialen Explosionen, die das politische System erschüttert haben. Von 1968 bis 1995 waren es stets Kombinationen aus wirtschaftlichem Druck und politischer Taubheit, die den Funken zündeten. Bayrou läuft Gefahr, in diese Reihe aufgenommen zu werden – nicht als Modernisierer, sondern als Premier, der die Balance zwischen fiskalischer Notwendigkeit und sozialer Realität verloren hat.

Noch ist nichts entschieden. Ob der September 2025 als „schwarzer September“ in die Annalen eingeht, hängt nicht allein vom Durchhaltewillen der Straße ab, sondern ebenso von der Fähigkeit des Premierministers, sein Programm mit einer glaubwürdigen gesellschaftlichen Perspektive zu verbinden. Wer sparen will, muss erklären, wofür er investiert. Ohne diese Balance könnte der Herbst 2025 nicht für Frankreich zu einem schmerzlichen Wendepunkt werden.

M.A.B.